

STUDENTINNENSCHAFT DER JOHANN WOLFGANG GOETHE – UNIVERSITÄT
KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS
ALLGEMEINER STUDENTINNENAUSSCHUSS

StudentInnenschaft der J.W.Goethe-Universität · Mertonstraße 26-28 · 60325 Frankfurt/Main

Referat für Hochschulpolitik

An die Hessen-/ Rhein-Main-/ Lokalredak-
tionen

60325 FRANKFURT AM MAIN
MERTONSTR. 26-28 · STUDENTINNENHAUS
TELEFON 798-3180 UND 777575
TELEFAX 702039

POSTGIROKONTO FFM 20114-604
COMMERZBANK AG FFM 6418131
(BLZ 500 400 00)

Presseerklärung

Der Streit ums Kommunikationszentrum (KOZ) verhindert eine einheitliche Position der hessischen ASten zum Abschlußbericht der Hochschulstrukturkommission (HSK).

Offensichtlich auf Initiative des AStA der FH-Frankfurt wurde am vergangenen Freitag den 4.8.1995 ein Arbeitstreffen der hessischen ASten boykottiert. Der AStA der FH-Frankfurt hatte sich schon in der Vergangenheit durch einseitige Stellungnahmen zugunsten der ehemaligen Belegschaft des Kommunikationszentrums (KOZ) - seit zwei Jahrzehnten ein Eigenbetrieb des AStA -, sowie durch Verleumdungen gegen den AStA der Uni Frankfurt hervorgetan. Besonders pikant finden wir diese Vorgehensweise, da der AStA der FH Frankfurt bisher an keinem Treffen der Landes-ASten-Konferenz (LAK) teilgenommen hatte.

Vor dem Treffen der LAK am vergangenen Freitag an der Uni Frankfurt trafen sich VertreterInnen verschiedener hessischer ASten mit VertreterInnen der ehemaligen Belegschaft des KOZ und des AStA der FH Frankfurt. Anschließend wurde uns mitgeteilt, daß man nicht mehr mit uns zusammenarbeiten und uns die Gründe hierfür nicht erklären wolle. Anstelle einer Erklärung für diesen Schritt erreichte uns später eine halbseitige „Resolution“ (siehe Anlage).

Aufgrund der Substanzlosigkeit dieser Resolution sehen wir keinen Anlaß, dazu Stellung zu nehmen, zumal die Hälfte davon aus haltlosen Unterstellungen bezüglich einer angeblichen Vertreibungspolitik des AStA im StudentInnenhaus besteht.

Für die UnterzeichnerInnen der Resolution sind offenbar ideologische Glaubenssätze wichtiger als eine sachgerechte Auseinandersetzung hinsichtlich anstehender Veränderungen in der hessischen Hochschullandschaft, welche langfristig den in den siebziger Jahren eingeleiteten Demokratisierungsprozeß an den Hochschulen rückgängig machen werden.

Dies ist nichts anderes als der Ausdruck struktureller Politikunfähigkeit.

Besonders erschreckend finden wir dies, da die hessische Wissenschaftsministerin Hohmann-Dennhardt für den Herbst Gespräche über den Abschlußbericht der Hochschulstruktur-Kommission angekündigt hat. Dieser Bericht soll die Grundlage für Maßnahmen der Hochschulstrukturreform in Hessen bilden.

Die darin enthaltenen Vorschläge bedeuten eine Zentralisierung, Hierarchisierung und Entdemokratisierung der Entscheidungsstrukturen, sowie eine Verschärfung der Studienbedingungen und eine massive Verschlechterung des Studiums.

Aus der Sicht studentischer Interessenvertretung sollte versucht werden, durch eine einheitliche Position dem entgegenzuwirken. Dies setzt aber regelmäßige Koordination voraus, sowohl inhaltlich als auch bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens. Die LAK sollte der Versuch sein, dies zu erreichen. Das Fehlen eines gemeinsamen Vorgehens stellt eine schwerwiegende Schwächung studentischer Einflußmöglichkeiten dar.

Eine moralisierende Boykothaltung nützt jedoch nur der eigenen Befindlichkeit und schadet der Vertretung studentischer Interessen. Dies betrifft nicht nur die Hochschulpolitik, sondern sabotiert ebenfalls die Verhandlungen über die Einführung eines RMV-Semestertickets.

Die betreffenden ASten sollten sich auch überlegen, ob sie diese Haltung gegenüber den Studierenden ihrer Hochschulen vertreten können.

Mit freundlichen Grüßen



Ralph Hutwelker
Referat für Hochschulpolitik

In der Anlage finden Sie die „Resolution“ auf die sich diese Presseerklärung bezieht.